

**BASLER**

# FREISINN

**Gemeinsam weiterkommen.**
**Fokus  
Gesundheits-  
und  
Sozialpolitik**


## Für einen offenen, fortschrittlichen Kanton

**Parteiprogramm**

### Es braucht neuen Schwung in der Gesundheits- und Sozialpolitik

Die Schweiz steht vor grossen Herausforderungen im Gesundheitswesen und in der Sozialpolitik. Es braucht dringend nachhaltige Reformen und neue, mutige Wege. Während andere Parteien vor allem Symbolpolitik betreiben, sorgt die FDP für neuen Schwung. Lesen Sie in diesem «Freisinn», welche Rezepte die FDP anwenden wird im Kampf gegen steigende Gesundheitskosten und marode Sozialwerke.

**Seiten 9 bis 14**

### Nein zum Ess-Diktat

Steigende Preise und staatlicher Zwang bei weniger Auswahl: FDP-Nationalrat Hansjörg Brunner erklärt uns im Interview, warum die beiden Agrar-Initiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssouveränität» so schädlich sind und am 23. September abgelehnt werden sollten.

**Seite 21**

### Zurück in die Zukunft

Politische Bewegungen liegen im Trend. Sie sind aber nichts Neues – schon gar nicht für die FDP. Als Bewegung steigt die FDP in die Wahlen 2019 – sie geht damit nicht nur mit der Zeit, sondern kehrt so gleichzeitig zu ihren Wurzeln zurück.

**Seite 22**

Die «Liberale Denkfabrik» ist eine offene Diskussionsplattform, die auch Nichtmitgliedern offensteht. Mit unserem neuen Parteiprogramm liegt nun ein erstes Ergebnis vor.

Politik in einem städtischen Umfeld zu betreiben, ist für jede bürgerliche Partei eine Herausforderung. Gerade wir Freisinnige sind aber dazu prädestiniert, der städtischen Politik ihren Stempel aufzudrücken. Wir stehen ein für eine offene Gesellschaft, Fortschritt, Innovation und die Freiheit des Individuums. Gleichzeitig sind wir uns der Verantwortung für Schwächere bewusst.

Rund 40 Personen haben daran mitgearbeitet, wie wir Basel-Stadt zu einem offenen, fortschrittlichen und freiheitlichen Kanton weiterentwickeln wollen. Auf das Ergebnis dürfen wir stolz sein! Wir haben 93 Ideen zu 14 Themenbereichen formuliert. So sind wir überzeugt, dass Eltern mit Bildungsgutscheinen die Freiheit haben sollten, die richtige Schule für ihr Kind auszusuchen. Der Kanton soll Pionier im Bereich eGovernment sein. Wir bieten einen Denkanstoss für eine nationale Umgestaltung der Gesundheitsfinanzierung, weil die Krankenkassenprämien das Portemonnaie unzumutbar belasten. Mit zukunftsgerichteten Modellen wie Sharing und Mobility Pricing soll die Mobilität



verbessert werden. Wir sind der Meinung, fünf statt sieben Departemente sind genug. Auch die Organisationsstruktur der fünf staatlichen Museen soll überprüft werden. Und einiges mehr.

Parteiprogramm herunterladen: [www.fdp-bs.ch](http://www.fdp-bs.ch)

**Luca Urgese**  
Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

# Inhalt

- 3 Basel-Stadt
- 9 Neuer Schwung für das Gesundheitswesen
- 10 Gesundheitskosten – Taugliche und andere Rezepte
- 11 Pflegeinitiative: Falscher Weg
- 12 Finanzielle Stabilität für den Sozialstaat
- 13 AHV: Mehreinnahmen allein helfen nicht
- 14 BVG: Es braucht rasches Handeln
- 15 Jubiläum FDP Zug
- 16 Wahlen in Zug
- 17 Ja zum Bundesbeschluss Velo
- 18 FDP-Wandertag
- 20 Nein zur Selbstbestimmungsinitiative
- 21 Nein zu den Agrar-Initiativen
- 22 Mentoring-Beitrag
- 23 Newsletter und Agenda

#### Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern  
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00  
E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

#### Kantonaleil:

FDP.Die Liberalen Basel-Stadt | 4000 Basel  
T: 061 313 50 40 | E: info@fdp-bs.ch | www.fdp-bs.ch

#### Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

#### Druck:

NZZ Media Services AG  
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



## Editorial

Petra Gössi

### In der Altersvorsorge und der Gesundheitspolitik brauchen wir jetzt nachhaltige Reformen!

#### Liebe Freisinnige

Die Sozialpolitik und die Gesundheitspolitik in unserem Land sind zwei schwierige Themen. Vor allem gibt es keine Patentrezepte oder einfachen Lösungen. Trotzdem brauchen wir dringend nachhaltige Reformen.

#### Qualität, Effizienz und Verantwortung im Gesundheitswesen

Das Schweizer Gesundheitswesen bietet eine umfassende Leistungspalette, und die Zufriedenheit der Bevölkerung ist hoch. Allerdings gibt es einen Wermutstropfen: Die gute Qualität hat einen hohen Preis. CVP und SP haben pünktlich zum Start ihrer Kampagnen für die Wahlen 2019 Initiativen im Gesundheitsbereich angekündigt. Ihre Initiativen benennen zwar die Probleme – Lösungen, wie die Fehlanreize und die strukturellen Ineffizienzen beseitigt werden sollen, werden aber keine aufgezeigt. Die Annahme der Initiativen würde zu einem Leistungs- und Qualitätsabbau führen. So würde beispielsweise die Kostenbremse, wie sie die CVP vorschlägt, zum Aufschub von medizinischen Eingriffen auf das nächste Jahr führen, um die Kostenvorgaben einhalten zu können. Wir brauchen keine Scheinlösungen in Form von Wahlkampf-Initiativen, sondern Reformvorschläge, die ein hochwertiges Gesundheitswesen gewährleisten, in welchem die Wahlfreiheit sichergestellt ist, dessen Kosten wir im Griff haben und dessen Finanzierung nachhaltig und verantwortungsvoll ist. Philippe Nantermod zeigt in seinem Artikel den Lösungsansatz der FDP auf.

#### Nachhaltige und generationengerechte Reform der Altersvorsorge

Auch bei der Altersvorsorge braucht es dringend eine Reform. Anfang Sommer hat der Bundesrat seine Reformvorlage «AHV 21» vorgestellt. Es ist begrüßenswert, dass wichtige Elemente aus unserem Plan B zur gescheiterten AV 2020 in die Vorlage eingeflossen sind. So etwa die Angleichung des Rentenalters für Frauen und Männer sowie die Flexibilisierung des Rentenalters zwischen 62 und 70 Jahren. Aber der Bundesrat überschießt ein weiteres Mal mit einer massiven Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozent: Gerade aus Respekt vor dem Generationenvertrag lehnen wir dies ab.

Unser Vorsorgesystem muss endlich an die demografischen Realitäten angepasst werden. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Reform der 2. Säule weiterhin dringend: Die systemwidrige Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern, die 2017 sieben Milliarden Franken betrug, muss möglichst rasch eingedämmt werden. Lesen Sie mehr zu diesem Thema im Beitrag von Josef Dittli.

#### 5 vor 12

Sowohl bei der Reform des Gesundheitswesens als auch bei der Altersvorsorge schlägt es 5 vor 12. Die FDP wird alles daran setzen, dass wir das Gesundheitswesen und die Altersvorsorge jetzt nachhaltig reformieren und die Schweiz so an der Weltspitze halten können.

Ihre Petra Gössi

# Von den Rigi-Thesen zur Politik der Freiheit und Verantwortung

## Zum 90. Geburtstag von Paul Wyss

Am 7. Juli feierte Paul Wyss seinen 90. Geburtstag. «Basler Zeitung»-Chefredaktor Markus Somm widmete unserem FDP-Altnationalrat dazu seinen Samstagsartikel (nachzulesen unter <https://bazonline.ch/schweiz/standard/gentleman-vom-eis/story/28258647>). Unter dem Titel «Gentleman vom Eis» schilderte Somm die Karriere von Paul Wyss vom Eishockey-Goalie beim EHC Basel über die verschiedenen Stationen seines Berufslebens bis hin zum Direktor der Basler Handelskammer und Parlamentarier in der Grossen Kammer im Berner Bundeshaus. Da ist es nicht ganz leicht, im Basler Freisinn verspätet auf das Wirken von Paul Wyss einzugehen. Da ich aber vor zehn Jahren bereits die Gelegenheit erhalten hatte, in der BaZ Paul Wyss zum 80. zu gratulieren, weiss ich, dass sein Wirken noch etwas vielfältiger war, als es Markus Somm schilderte.

An einem heissen Sommertag unterhielten wir uns zwanglos in Paul Wyss' Heim in Münchenstein. Als Ergänzung zum BaZ-Artikel wies der Jubilar schmunzelnd darauf hin, dass er nicht nur im Eishockey Nationalmannschafts-Mitglied war, sondern als Diskuswerfer auch in der Leichtathletik – und man damals noch alle anfallenden Kosten aus dem eigenen Sack zu bezahlen hatte. Mit den Eishockeyanern nahm Wyss 1952 an den Olympischen Winterspielen in Oslo teil.

Seine Bekanntheit im Sport, sein Beruf als Personalchef der Ciba-Geigy, sein Präsidium des Pfarramtes für Industrie und das Kommando des Infanterie-Regiments 22 halfen, seine Wahl in den Nationalrat erfolgreich zu gestalten. In beruflicher Hinsicht sei ergänzt, dass Wyss auch eine Zeit lang Vorsitzender der Geschäftsleitung der Messe Basel war und dabei das Musical Theater «baute». Nach seiner Pensionierung war er noch acht Jahre Präsident des REHAB Basel. Und ganz am Rande sei bemerkt, dass Paul Wyss sein Studium als Barpianist finanzierte. Das Klavierspiel ist nach wie vor – davon konnte ich mich überzeugen – sein grosses Hobby.

Ist man bei einem Elder Statesman zu Besuch, kommt natürlich das Gespräch über die Politik nicht zu kurz. Dazu hat Wyss die «Rigi-Thesen» der FDP bereitgelegt, deren Arbeitsgruppe zu Beginn der 80er-Jahre er präsidiert hat und die er – daran kann ich mich noch gut erinnern – immer in seiner Aktentasche mitführte. Das Vernehmlass-



Das Klavierspiel ist nach wie vor das grosse Hobby von Jubilar und alt Nationalrat Paul Wyss.

ungspapier zum neuen Parteiprogramm der FDP Basel-Stadt hat Paul Wyss noch nicht gelesen, er ist aber gespannt darauf, was sich in den Jahren geändert hat. Er betont allerdings, dass er nach wie vor auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft und der partizipativen Führung steht, die er in allen seinen beruflichen Stellungen hochgehalten hat.

Zur FDP auf nationaler Ebene meint Wyss, dass ihr – im Gegensatz zur SVP – die Parteidisziplin mehr oder weniger abhanden gekommen ist. Zudem sei die Parteiführung viel schwerer geworden als noch zu seiner aktiven Zeit. Die Interessen der Stadt- und Landparteien sind kaum mehr die gleichen. Auf kantonaler Ebene vermisst Wyss vor allem die Chefbeamten und Lehrer, die in den 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts durchwegs noch der FDP angehörten. Und auch das «Klinkenputzen» vor Wahlen, das zu seiner politischen Aktivzeit gespielt hat, ist verloren gegangen. Er meint, dass zur Stimmenoptimierung vor den nächsten Wahlen hier eine Rückbesinnung dringend nötig wäre. Dass die FDP in Sachen Wähleranteil hinter die LDP zurückgefallen ist, sei wohl darauf zurückzuführen, dass bei den Liberalen halt noch immer die alten Basler Geschlechter – das Wort «Daig» hat Wyss vermieden – tonangebend sind. Sein Rezept, der herrschenden Politikverdrossenheit entgegenzutreten: Erhöhung der Unterschriftenzahlen bei Initiativen und Referenden. Ein Ja-Quorum von 55 Prozent bei Abstimmungen und ein solches von 60 Prozent bei Verfassungsänderungen.

An seinem 90. Geburtstag hatte sein Briefträger wohl eine Extratour zu schieben. Rund 250 Schrei-

ben, E-Mails und Telefonate erreichten ihn. Darunter auch ein handgeschriebenes von Helmut Hubacher, das Wyss besonders freut. Der noch etwas ältere alt SP-Präsident und Nationalratskollege attestierte dem Basler Freisinnigen, dass er noch ein Nationalrat gewesen sei, der lieferte und nicht nur laferte.

Im Namen der Basler FDP möchte ich Paul Wyss weiterhin alles Gute wünschen. Hoffe, dass seine diesjährige Amerika-Reise ihm viel Interessantes bringt und dass er zusammen mit seiner Frau Vreni auch weiterhin Schiffsreisen auf den europäischen Flüssen unternehmen kann.

**Max Pusterla**  
Alt Grossrat

Anzeige

# F

Finance



# Das Mittelmass kann nicht das Ziel sein

## Bildung

Unser Kanton ist einer der «Top-Spender» bezüglich Bildung in der Schweiz. Jedes Jahr werden um die 30 Prozent (Zahlenspiegel Bildung 2016) der öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung verwendet. Gleichzeitig ist der Kanton mit seinen Schülern, welche die Volksschule verlassen, weit davon entfernt zu den «Top-Achievern» zu gehören.

Die Basler Volksschule befindet sich seit 15 Jahren in einer Dauerreform. Der Fokus verschiebt sich in regelmässigen Abständen zwischen Förderung des Einzelnen zur Förderung von verschiedenen Gruppen, von Entlastung der Lehrer, zur Verbürokratisierung der Berufsgruppe, von Frühförderung zu Durchlässigkeit usw.

Im Augenblick steht das ED und der Regierungsrat Conradin Cramer im Rampenlicht bezüglich

lich Gymnasialquote. Sie sei zu hoch und überhaupt das Gymnasium zu einfach. Die Reaktion kam prompt: Es sollen weniger Schüler ans Gymnasium. Nun braucht es ab sofort in der 6. Klasse zwei Zeugnisse mit einem gewichteten Notendurchschnitt von mindestens 5,25, um in das Niveau «P» der Sekundarschule versetzt zu werden. Ebenfalls darf es in der Sekundarschule keine Klassendurchschnitte über einer 5 mehr geben. So. Problem adressiert.

Doch das ist zu einfach. Soll das Bekenntnis des Regierungsrates Cramer zur Berufslehre nicht ein blosses Lippenbekenntnis bleiben, reicht es nicht, den Weg in die tertiäre Ausbildung schwieriger zu machen. Es scheint ganz so, als ob die Frage nach der abnehmenden Attraktivität eines Volksschulabschlusses ohne Promotion ins Gymnasium gar nicht gestellt wird. Ebenso scheint es einfach akzeptiert zu sein, dass Arbeitgeber die Basler Volksschulabsolventen bei Lehrantritt als unterdurchschnittlich ausgebildet bezeichnen.

Dabei sind es doch genau diese Kommentare, welche Eltern motivieren, ihre Kinder dazu zu drängen, aufs Gymnasium zu gehen.

Wie wäre es mit einer Bildungsoffensive, welche den Volksschulabschluss aufwertet? Wie wäre es, wenn Basler Lehrstellensuchende nicht damit konfrontiert wären, dass Absolventen der Volksschulen BL, SO oder AG als qualitativ besser eingestuft werden?

Wir haben seit bald 2 Jahren einen neuen jungen Erziehungsdirektor, von dessen Wahl habe ich mir neue Impulse für die festgefahrenen Abläufe

und Strukturen für unsere Volksschule versprochen. Doch es besteht die Gefahr, dass die Bildungspolitik im Fahrwasser der letzten Dekade stecken bleibt. Es wäre jedoch wünschenswert, dass sich das Augenmerk weg von Gymnasialquoten hin zur Aufwertung des Volksschulabschlusses bewegt. Natürlich ist es nicht einfach und ein langwieriger Prozess, sich in qualitative Aufwertung der Volksschule zu bewegen. Natürlich ist das verbunden mit Widerständen und politisch nicht immer populären Entscheidungen. Doch wer, wenn nicht ein junger, bestausgebildeter Regierungsrat könnte diese treffen?

Es hängt viel dran für Basel. Unsere Sozialhilfequote steigt ungebremst. Dies gilt gerade für junge Menschen zwischen 18 und 25, sowohl für Schweizer wie für Ausländer. Wie sollen wir dem entgegenreten, wenn nicht mit verbesserter Bildung?



Nadine Gautschi

Die Einstiegschancen unserer Jugendlichen in die Berufsausbildung müssen verbessert werden. Dieser Effort muss gemacht werden, denn nur so kann nachhaltig erreicht werden, dass nicht über die Hälfte der 6.-Klässler das Gymnasium als einzig valablen Bildungsweg ansehen.

Nadine Gautschi  
Vizepräsidentin

Anzeige

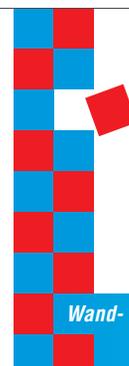
Due Diligence

Anzeige

### R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10  
Postfach 108  
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30  
Fax 061 641 21 67  
soderbau@bluewin.ch



### Lergemüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108  
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54  
Fax 061 641 21 67

lergenmueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken



## Für wen schlägt ihr Herz?

Jungfreisinnige

Sechs Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker sind der Einladung der «Neuen Europäischen Bewegung» gefolgt und haben am 21. Juni 2018 im Unternehmen Mitte zusammen mit Eric Nussbaumer, Nationalrat SP/BL, über das institutionelle Rahmenabkommen debattiert. Die heisse Phase der Verhandlungen steht vor der Tür. Der Bundesrat möchte noch in diesem Jahr neue Verträge abschliessen, die das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU für Jahre prägen werden. Daniel Ballmer, Redaktor bei der bz, führte durch den Abend, der gänzlich folgender Frage gewidmet war: «Wie sieht das Europa von morgen für dich aus?»

Als Vorstandsmitglieder der Jungfreisinnigen Basel-Stadt sehe ich die Schweiz als das Herz von Europa. Einen EU-Beitritt zu erwägen, lässt mir jedoch die Haare zu Berge stehen. Die EU kommt mit ihren Sorgenkindern wie z.B. Griechenland und Italien nicht mehr aus den Schlagzeilen heraus. Es reiht sich Krise an Krise. Vergleicht man den Schweizer Wohlstand mit jenem verschiedener EU-Länder, so überwiegt dieser deutlich. Ein EU-Beitritt würde zu einer Anpassung des Wohlstandes nach unten führen. Wollen wir wirklich unser Geld in dieses un stabile Konstrukt pumpen? Der bilaterale Weg hat sich bis jetzt ausgezahlt. Warum sollten wir nun davon abweichen?

Das Rahmenabkommen bildet das Fundament, welches für unseren Wirtschaftsstandort unabdingbar ist. Wir brauchen rechtliche Grundlagen und Planungssicherheit, um auch in Zukunft ein vertrauenswürdiger Handelspartner zu sein. Der Zugang zum EU-Binnenmarkt ist für die Schweiz

enorm wichtig. 2017 gelangten 45 Prozent der Schweizer Exporte in die EU, und 58 Prozent stammten von dort. Die Zeit eilt. Schon heute erfahren wir permanente «Nadelstiche» durch die EU. Beispielsweise der kurzweilige Ausschluss von dem europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020, die Nennung auf der grauen Steuerliste oder den Druck auf die Börsenäquivalenz, welche der Schweiz nur noch für ein Jahr gewährt wurde. Das institutionelle Rahmenabkommen, welches weitgehend als Marktzugangsabkommen zu interpretieren ist, ist darum unentbehrlich. Mit einem EU-Beitritt würden wir aber das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Demokratie der Schweiz, so wie wir sie heute kennen, wäre komplett auf den Kopf gestellt und unser föderales System in Gefahr. Die EU hat den Anspruch, ihr Regelwerk in Schweizer Recht zu überführen. Das bedeutet, dass wir uns tendenziell zu einem zentralistischen System hin entwickeln würden. Konkret könnten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nur noch am Rande mitbestimmen. Ist das im Sinne der Schweiz? Auch würde ein EU-Beitritt eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf 15 Prozent nach sich ziehen. Ich frage mich, wollen wir tatsächlich über so viele Nachteile hinwegsehen, um einen Bruchteil Mitbestimmung bei der EU zu erhalten? Die Meinung der vielen weist uns den Weg. So findet sich im Parlament sowie in der Bevölkerung jeweils eine Mehrheit für den bilateralen Weg.

Ebenfalls kontrovers auf dem Podium diskutiert wurden die flankierenden Massnahmen: Stehen diese im Widerspruch zu den Bilateralen? Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit kommt für

Von links: Eric Nussbaumer (SP BL), Daniel Ballmer (Moderator), Dalia Herzog (JFBS), Marco Natoli (JCVP BS), Jeannine Sidler (JSVP BS), Philipp Völlmin (JSVP BL), Ronja Jansen (JUSO BL), Dominik Beeler (Junges Grünes Bündnis).

mich nicht in Frage, weil dadurch auch die Bilateralen I wegfallen. Dank dem Freizügigkeitsabkommen wächst die Schweizer Wirtschaft solide. Es können neue Stellen geschaffen werden, und die EU ergänzt das inländische Arbeitskräftepotenzial. Vom Personenfreizügigkeitsabkommen profitieren fast eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer. Sie können alle ohne grossen bürokratischen Aufwand in Europa arbeiten und studieren.

Unser Ziel als Schweiz sollte es ein, dass wir auf die bestmögliche Integration der Wirtschaft hinarbeiten – und dies bei einem minimalen Souveränitätsverlust. Es ist eine Herzensentscheidung. Mein Herz schlägt für die Schweiz und Ihres?

**Dalia Herzog**  
Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Basel-Stadt

Anzeige

# Pilotprojekt unterstützt Arbeitnehmer

Neues aus dem JSD

Auch die Basler FDP unterstützt sowohl die Anpassung des Rentenalters als auch eine effektive Kantonsverwaltung. Damit können aber je länger je weniger alle Staatsangestellten berufslebenslang den gleichen Job ausüben. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement unter Regierungsrat Baschi Dürr geht dieses wichtige Thema mit einem neuartigen Pilotprojekt an.

Mit dem Pilotprojekt «Optio» des Justiz- und Sicherheitsdepartements sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Berufsfeuerwehr und Sanität hinsichtlich einer zukünftigen Lebensphase Optionen

für alternative berufliche Tätigkeiten erhalten. Es wurde ein Prozess definiert, der den Mitarbeitenden Optionen für eine neue berufliche Tätigkeit in einer späteren Lebensphase schafft. Dieser Prozess

erfasst die bisher erworbenen Fähigkeiten, die Stärken und Schwächen sowie die Interessen der Mitarbeitenden und stellt eine für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gewinnbringende Förderung sicher. Da die Tätigkeiten bei der Rettung Basel-Stadt unter anderem eine hohe physische Belastbarkeit voraussetzen, steigt mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit, dass die erforderliche Einsatzfähigkeit nicht mehr gegeben ist. Falls jemand ab einem bestimmten Alter nur noch teileinsatz- oder nicht mehr einsatzfähig ist, sollen mit den frühzeitig und individuell erarbeiteten Optionen alternative Möglichkeiten offenstehen.

Die Sensibilisierung für diese Thematik wird als die zentrale Herausforderung angesehen, gilt es doch, die Mitarbeitenden für das konkrete Angehen einer anderen beruflichen Zukunft zu einem Zeitpunkt zu motivieren, in dem sie ihren Beruf in voller Leistungsstärke ausüben. Die Teilnahme am Programm ist für den Arbeitnehmer aber freiwillig. Erkenntnisse aus diesem Projekt, das versuchsweise startet, lassen sich allenfalls auch für andere Berufsgruppen des Kantons anwenden. Bis zum 31. Dezember 2019 werden erste Erfahrungen mit diesem Pilotprojekt gesammelt, und danach soll über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Anzeige



CHRISTIAN C. MOESCH  
Treuhänder mit eidg. Fachausweis  
Mitglied des Verwaltungsrates

„Ob Beratung  
oder Debatte –  
wir sind auch  
politisch korrekt.“



EXPER FINA

Experfina AG | Picassoplatz 8 | CH-4052 Basel  
Telefon +41 61 560 24 24 | [www.experfina.com](http://www.experfina.com)

Mitglied von  EXPERT  
SUISSE

# Strasseninitiative durch Hintertür umgesetzt

## Mobilität

Trotz des deutlichen Neins der Basler Stimmbevölkerung zur VCS-Strasseninitiative geht der Parkplatzabbau ungebremst weiter. So sollen mit den Rückbauprojekten in der Hard- bzw. der Burgfelder- und Missionsstrasse weitere 140 Parkplätze ersatzlos gestrichen werden! Die Projekte zeugen von einer ideologischen Schlagseite innerhalb des Bau- und Verkehrsdepartements (BVD).

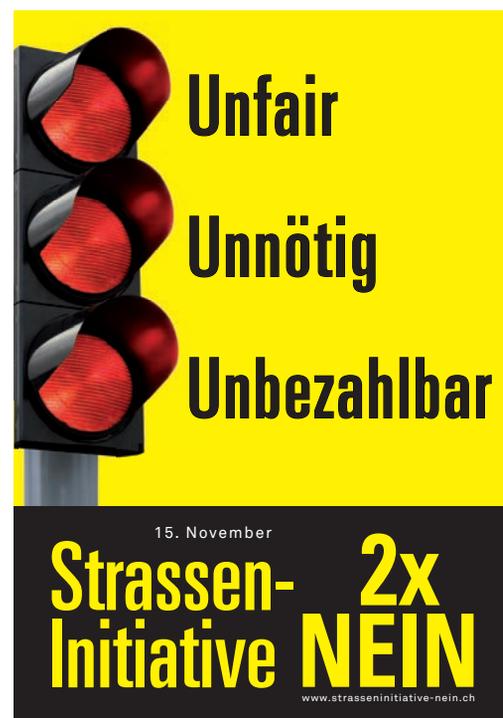
Am 15. November 2015 schmetterte das Basler Stimmvolk die extreme VCS-Strasseninitiative sowie den nicht minder gefährlichen Gegenvorschlag des Grossen Rates wuchtig ab. Gemäss einer vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Studie hätte die Initiative den Abbau von bis zu 1750 Parkplätzen zur Folge gehabt (1200 im Falle des Gegenvorschlags)! Trotz dieses deutlichen Volksverdicts geht der Parkplatzabbau nicht nur weiter, sondern hat sich nochmals deutlich verschärft.

Wurden zwischen 2000 und 2015 rund 3000 überirdische Parkplätze auf der Allmend ohne gleichwertigen Ersatz gestrichen, so verschwanden alleine zwischen 2015 und 2017 gemäss Parkplatzzkataster des BVD weitere 514 Parkplätze spurlos – VCS-Strasseninitiative hin oder her. Besonders stark betroffen waren Grossbasel West und Teile von Kleinbasel. Mit den bereits beschlossenen Rückbauprojekten in der Freiburgerstrasse, der Gundeldingerstrasse oder der St.-Alban-Anlage ist auch für die nächsten Jahre keine Verbesserung in Sicht.

Im Gegenteil: Der Regierungsrat plant den Abbau von weiteren 140 Parkplätzen im Rahmen zweier «Umgestaltungsprojekte» in der Hard- bzw. der Burgfelder- und Missionsstrasse. Bei beiden Vorlagen wird der Parkplatzabbau wegen übergeordneter Strassenverkehrs- und Behindertengleichstellungsvorgaben als unvermeidlich dargestellt. Ein Blick in die entsprechenden Gesetzestexte zeigt jedoch, dass die Kantone über einen beträchtlichen Handlungsspielraum verfügen. Die meisten gesetzlichen Vorgaben sind sehr offen formuliert, und zahlreiche der daraus abgeleiteten Fachnormen stellen lediglich unverbindliche Empfehlungen dar.

Die vom Regierungsrat vorgegebene Kadenz beim Parkplatzabbau ist folglich in erster Linie ideologisch motiviert. Die kürzlich in einer Medienmitteilung des BVD gemachte Aussage, man wolle «so viele Parkplätze wie möglich erhalten», wirkt daher schlichtweg heuchlerisch. Die Basler Stimmbevölkerung hat sich mit dem wuchtigen Nein zur VCS-Strasseninitiative samt Gegenvorschlag gegen eine derart einseitige, MIV-feindliche Verkehrspolitik ausgesprochen. Offensichtlich ist dieses Signal noch nicht bis in alle Amtsstuben der kantonalen Verwaltung durchgedrungen.

Der politische Druck muss folglich weiter erhöht werden. Da im Grossen Rat der Weg hin zu einer ausgeglicheneren Verkehrspolitik durch die aktuel-



Kampagne gegen die Strasseninitiative im Jahr 2015.

len Mehrheitsverhältnisse blockiert ist, bleibt einzig der Weg über die Volksrechte. Sollten die Projekte in der Hard- bzw. der Burgfelder- und Missionsstrasse nicht deutlich verbessert werden, dürfte gegen beide Vorlagen das Referendum ergriffen werden. Eine nachhaltige Verbesserung in der Verkehrsplanung versprechen schliesslich die beiden Initiativen «Zämme fahre mir besser!» sowie «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» des Gewerbeverbands Basel-Stadt, über die das Basler Stimmvolk 2019 befinden wird.

**Patrick Erny**  
Vorstandsmitglied FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Publireportage

## FDP-Mitglieder stellen sich vor

### Giovanni Nanni ist alt Grossrat und langjähriges Mitglied der Basler FDP

Giovanni und Flavio Nanni führen zusammen das Bauunternehmen. Seit über 30 Jahren setzt sich die Nanni AG voller Leidenschaft für ihre Kunden ein. Für uns ist kein Auftrag zu klein, um mit grösster Sorgfalt ausgeführt zu werden. Von Instandstellungsarbeiten bei kleinen Schäden am und ums Haus bis hin zum Totalumbau sind wir der ideale Partner.

**Wir freuen uns, wenn Sie Unternehmen der FDP-Mitglieder unterstützen.**

Nanni AG Bauunternehmen, Hagenastrasse 16, 4056 Basel, 061 692 11 10, [www.nanni-ag.ch](http://www.nanni-ag.ch)



# Neue Köpfe in der FDP Riehen

## Riehen

An der Generalversammlung der FDP Riehen hat sich der Vorstand neu aufgestellt. Gleichzeitig wurde die Idee eines FDP-Riehen-Thinktanks vorgestellt.



Carol Baltermia



Denise Gilli



Sandra Siehler Wagner

An der diesjährigen Generalversammlung wurde der Vorstand neu besetzt. Aus dem Vorstand traten Samuel Schüpbach und Serge Meyer zurück. Als neuer Vizepräsident wurde Carol Baltermia gewählt. Neu wurden die beiden Kandidatinnen bei den letzten Einwohnerratswahlen – Denise Gilli und Sandra Siehler Wagner gewählt. Neben den Neugewählten setzt sich der Vorstand zusammen aus Andreas Zappalà (Präsident), Silvia Schweizer (ex officio), Michelle Borner (Sekretariat), Stephan Villiger (Kassier), David Pavlu (Beisitzer) und Sarah Cruz-Wenger (Beisitzerin).

An der GV wurde den Mitgliedern zudem das Konzept des FDP-Riehen-Thinktanks vorgestellt. Mit dem Thinktank sollen neue Ideen in die FDP Riehen eingebracht werden. Der Thinktank steht sämtlichen Mitgliedern und Interessierten offen. Die ersten Treffen zeigten, dass Vertretungen aus Parteibasis, Quartier, Schulrat, Vorstand und Fraktion gemeinsam neue Ideen für Riehen entwickeln.

Der Thinktank hat sich dabei in themenspezifische Untergruppen (Gruppenleiter/in in Klammer) aufgeteilt: Digitalisierung (Sandra Siehler), Bildung (Carol Baltermia), Kultur (Denise Gilli), Gemeindeautonomie (Thomas Coerper) und Verkehr (Dieter Nill).

In den Untergruppen findet zum jeweiligen Thema ein Ideenaustausch statt. Stets mit der Grundfrage: Was können wir in Riehen besser angehen?

Die ausgearbeiteten Ideen werden mit der Fraktion besprochen und direkt in den Einwohnerrat getragen.

Mit dem engen Austausch zwischen Parteibasis und Fraktion steht die FDP in Riehen für eine Politik, die Probleme nicht einfach weglächelt, sondern mit Energie Riehen aktiv gestalten möchte. Bei Interesse können Sie sich direkt bei einem Vertreter eines Themas melden, oder ich stehe für eine Kontaktvermittlung gerne zur Verfügung.

**Carol Baltermia**  
Vizepräsident FDP Riehen

Anzeige



## Schweizer Söhne Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich  
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

**061/381 83 15**

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel  
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden  
E-mail: malen@schweizersoehne.ch  
Homepage: www.schweizersoehne.ch

## Ebbis Intärns

Im Mai durften wir **Noémi Baltermia, Adrian Schaub, Daniel Allemann, Renate Boetschi, Rosemarie Mayer-Hirt, Florence Bucher, Susanne Rudin-Brodbeck** und **Santuzza Bianchi** zum Geburtstag gratulieren.

Im Juni feierten **Irène Krnjaic-Marti, Dominik Zimmermann, Andreas Müller, David Pavlu, Jonas Ambühl** und **Vreni Pardey** einen runden Geburtstag.

Im Juli hatten **Adrian Boschung, Bernhard Gelzer, Paul Wyss** und **Roland Wenger** ihren runden Freudentag.

Wir gratulieren allen Mitgliedern zu ihren Geburtstagen und wünschen alles Gute.

## AGENDA

**13. September 2018**

Besichtigung Sandgrubenschulhaus

**17. September 2018**

Besichtigung Fachhochschule für Wirtschaft im Dreispitz

**16. Oktober 2018**

Parteitag der Basler FDP

**18. Oktober 2018**

Gellert-Talk mit Baschi Dürr

Details siehe: [www.fdp-bs.ch](http://www.fdp-bs.ch)



# Neuer Schwung fürs Gesundheitswesen

Qualität, Effizienz, Verantwortung

Andere Parteien schlagen im Hinblick auf den Wahlkampf Scheinlösungen vor, welche die strukturellen Probleme des Gesundheitssystems nicht anpacken oder sogar zu Versorgungslücken führen. Die FDP hingegen will das Schweizer Gesundheitswesen mit wirkungsvollen und realistischen Massnahmen wieder fit machen.

Das Schweizer Gesundheitswesen gehört zu den Besten der Welt. Das hat seinen Preis, zudem treiben die Alterung der Bevölkerung, der medizinische Fortschritt und der wachsende Wohlstand die Kosten nach oben. Diese Faktoren sind an sich nicht negativ. Was die FDP aber unbedingt anpacken will, sind die grossen strukturellen Fehlanreize, welche die Kosten künstlich aufblähen.

### Wirkungsvoller Mittelweg der FDP

Die Kostensteigerung wird politisch instrumentalisiert. Die Linke will den Gesundheitssektor und dessen Finanzierung komplett verstaatlichen. Das würde die bestehenden Ineffizienzen noch verstärken.

Das von der FDP erarbeitete Positionspapier «Neuer Schwung für das Schweizer Gesundheitswesen» wird noch dieses Jahr vorgestellt.

Andererseits sind auch starre Ausgabenobergrenzen – wie von der CVP gefordert – keine Lösung, denn letztlich hätten solche Massnahmen Einschnitte bei den Leistungen für Patienten zur Folge, wie Regine Sauter ausführt. Populistische Forderungen bringen uns nicht weiter. Die FDP schlägt daher einen pragmatischen Mittelweg vor, der sich auf drei Kernelemente herunterbrechen lässt: Qualität, Effizienz und Verantwortung.

### Für hohe Qualität

Eine hohe Qualität der Gesundheitsversorgung ist das beste Mittel gegen den Kostenanstieg: Werden Patienten gleich am Anfang hochstehend versorgt, fallen weniger Folgekosten an. Heute können Patienten die Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Gesundheitszentren bzw. Leistungserbringern nur schwer einschätzen. Bessere Qualitätsindikatoren machen das System transparenter. Erst dann können Patienten ihre Wahlfreiheit wahrnehmen und die für sie optimale Lösung wählen.

### Für mehr Effizienz

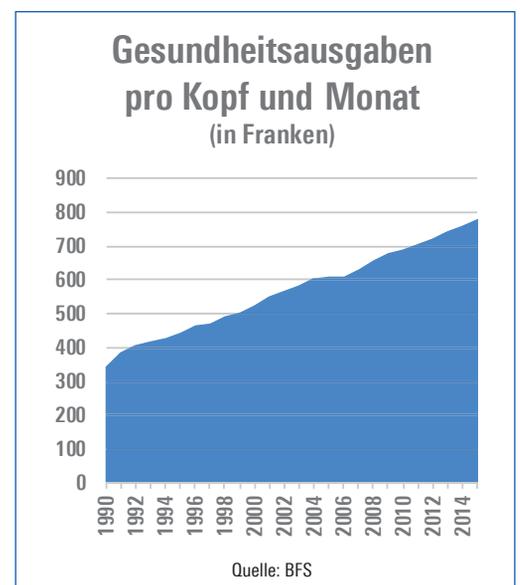
Heute führen strukturelle Probleme und Fehlanreize im Gesundheitswesen dazu, dass mehr Leistungen als nötig erbracht werden und ein Wettrennen bei den Infrastrukturen stattfindet. Können wir diese Fehlanreize korrigieren, wird auch die Kostensteigerung gedämpft. Konkret muss etwa die Mehrfachrolle der Kantone im Gesundheitswesen – Regulator, Leistungserbringer und Geldgeber – entflochten und eine einheitliche Finanzierung der stationären und ambulatorischen Bereiche eingeführt werden. Ambulante Behandlungen sind gegenüber stationären zu fördern, immer wenn dies medizinisch vertretbar ist.

### Für mehr Verantwortung

Für eine nachhaltigere Finanzierung des Gesundheitswesens sollen Patienten bei medizinischen Entscheidungen aktiv miteinbezogen werden. Die Erhöhung und Anpassung der Franchisen, begleitet von speziellen Massnahmen, insbesondere für chronisch Kranke, würde die steigende Kostenbeteiligung der Allgemeinheit bremsen. Wer eine höhere Franchise wählt, hilft, die Kostensteigerung in der Grundversicherung zu dämpfen.

Längerfristig muss die Finanzierung unseres Gesundheitssystems überdacht werden. Das heutige System stammt aus einer Zeit, als eine junge Bevölkerung die Gesundheitskosten von anteilmässig wenig älteren Personen finanzierte. Das ist heute anders. Die Demographie bringt ein über das Umlageverfahren finanziertes Gesundheitswesen zunehmend an seine Grenzen. Die Einführung von neuen Finanzierungsinstrumenten muss geprüft werden – dazu bald schon mehr.

### Philippe Nantermod, Nationalrat VS



2015 entfielen auf jede Schweizer Person Gesundheitsausgaben von monatlich 782 Franken.



**Der Anstieg der Gesundheitskosten kann nur gebremst werden, wenn es gelingt, die Mengenausweitung in den Griff zu bekommen. Alles andere ist Symptombekämpfung.**

Jährlich wenn die Krankenkassenprämien für das kommende Jahr bekanntgegeben werden und sich zeigt, dass sie gegenüber dem Vorjahr wieder ansteigen, geht ein Aufschrei durch das Land: Nun müsse die Politik endlich handeln. Was kaum zur Kenntnis genommen wird: Steigende Prämien sind das Resultat steigender Gesundheitskosten. In den letzten 20 Jahren haben sich diese mehr als verdoppelt und beliefen sich 2016 auf 80,7 Milliarden Franken.

Die Schweizerinnen und Schweizer sind zufrieden mit dem Gesundheitswesen und attestieren ihm eine hohe Qualität. Ein immer grösserer Anteil gibt

jedoch an, dass die Prämien das Haushaltsbudget übermässig beanspruchen und nicht mehr tragbar sind. Die steigenden Gesundheitskosten belasten zudem die Budgets der öffentlichen Hand und schränken den Spielraum für andere öffentliche Aufgaben zunehmend ein. Wirksame Massnahmen sind somit unumgänglich.

### **Symptombekämpfung bringt nichts**

Verschiedene politische Rezepte sind derzeit im Umlauf. Die CVP beispielsweise hat eine Initiative angekündigt, die eine Begrenzung des Kostenwachstums fordert. Wie dies im gesundheitspoliti-

schen Alltag geschehen soll, lässt sie allerdings offen, die Formulierung ist sehr vage. Auch eine vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe schlägt im Rahmen eines Massnahmenpakets Zielvorgaben für die Kostenentwicklung vor. Letztlich bedeuten solche Vorschläge nichts anderes als die Einführung von Globalbudgets: Wird ein definierter Plafonds erreicht, dürfen keine weiteren Leistungen erbracht werden. Ein unschönes Szenario für Patienten und Ärzte gleichermaßen: Wer erhält noch welche Leistungen, wenn der Plafonds überschritten ist, und wer entscheidet darüber?

Die SP sieht die Lösung primär in einer Symptombekämpfung. Wenn die Prämienlast anders – aus ihrer Sicht sozialer – verteilt wird, dann ist das Problem vom Tisch. Darum will sie eine «Prämien-Entlastungs-Initiative» lancieren. Diese will die Krankenkassenprämien auf 10 Prozent des Haushaltseinkommens begrenzen. Nach wie vor geliebäugelt wird in linken Kreisen zudem mit der Einheitskasse – nun in der Form kantonaler Einrichtungen, welche die Einheitsprämien für die Bewohner festlegen –, wengleich solche Vorhaben von der Stimmbevölkerung bereits deutlich abgelehnt wurden. Worin der Beitrag zur Kostendämpfung eines solchen Vorhabens liegen könnte, ist denn auch nicht ersichtlich. Das Sparpotenzial in diesem Bereich ist sehr niedrig, wenn überhaupt vorhanden.

### **Mehr Selbstverantwortung nötig**

Aus Sicht der FDP führt nichts daran vorbei, das Übel an seiner Wurzel zu bekämpfen: Will man das Kostenwachstum im Gesundheitswesen bremsen, gilt es, an erster Stelle das Mengenwachstum in den Griff zu bekommen. Hierzu müssen alle Beteiligten einen Beitrag leisten: Die Patienten sollen weniger schnell zum Arzt rennen; Ärzte keinen Anreiz mehr haben, unnötige Behandlungen anzubieten; Spitäler müssen Kapazitäten abbauen. Gefragt ist mehr Selbstverantwortung jedes Einzelnen. Zudem sind vor allem die Finanzflüsse im Gesundheitswesen neu zu ordnen: Inhaltliche und finanzielle Kompetenzen müssen deckungsgleich sein (z.B. bei ambulanten und stationären Behandlungen), und systembedingte Fehlanreize (z.B. überholte Tarife) sollen durch gezielte Reformen abgebaut werden.

Es braucht den politischen Willen, auch unpopuläre Massnahmen durchzusetzen, die Bereitschaft aller Akteure zum Handeln und die Erkenntnis in der Bevölkerung, dass ein Eigenbeitrag unumgänglich ist. Ohne Einschränkungen wird es nicht gehen, wir dürfen uns nichts vormachen. Wer anderes behauptet, betreibt Augenwischerei. Das Ergebnis wird ein weiterhin hochstehendes, aber effizienteres und damit kostengünstigeres Gesundheitswesen sein. Und dafür wird sich die FDP einsetzen.

**Regine Sauter, Nationalrätin ZH**

**«Die FDP setzt sich für ein hochstehendes, aber kostengünstigeres Gesundheitswesen ein.»**



## Gut gemeint, falscher Weg

### Pflegeinitiative

Der Mangel an Pflegefachpersonal ist ein Problem. Dieses mit einem Verfassungsartikel lösen zu wollen, wäre aber unangebracht. Die Pflegeinitiative schiesst über das Ziel hinaus.

Der demografische Wandel sorgt für Gesprächsstoff: Schweizerinnen und Schweizer leben immer länger. Das ist an sich erfreulich. Doch im Vergleich zu den Erwerbstätigen nimmt der Anteil an Senioren und Betagten an der Gesamtbevölkerung immer stärker zu – und damit auch der Anteil an Menschen, die Pflege benötigen. Wie vielerorts in der Sozial- und Gesundheitspolitik stellt sich folglich schnell die Frage, wie immer weniger Prämien- und Steuerzahler die immer mehr Leistungsbezüger finanzieren sollen. Und aufgrund des rasanten Anstiegs der Pflegebedürftigen steht die Schweiz vor einer weiteren Herausforderung: dem Pflegefachkräftemangel.

#### Verfassungsschutz für eine einzige Berufsgruppe

Dieser Mangel war Ursprung für die Ende 2017 zustande gekommene Initiative «Für eine starke Pflege». Sie fordert von Bund und Kantonen die Ergreifung von Massnahmen für eine «ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität», «wirksame Massnahmen gegen den Fachkräftemangel» und eine Aufwertung des Pflegeberufes, was etwa die Verbesserung der Arbeitsbedingungen betrifft. So berechtigt diese Anliegen im Grunde sein mögen, so schwammig sind sie andererseits definiert.

Die Initiative greift ein wichtiges Thema auf. Allerdings ist ein Verfassungsartikel definitiv der falsche Weg. Denn die Pflegeinitiative stellt eine

ganz bestimmte Berufsgruppe – die Pflegefachpersonen – in den Fokus und will dieser quasi verfassungsrechtlichen Schutz gewähren. Nirgends lässt sich in der Bundesverfassung aber ein solcher Anspruch ableiten; weil es nicht der Schweizer Rechtsordnung entspricht. Auch Forderungen zu Arbeitsbedingungen gehören aus liberaler Sicht nicht in die Bundesverfassung.

#### Zu eingeschränkte Perspektive

Die Initianten blenden mit der eingeschränkten Perspektive auf die diplomierten Pflegefachpersonen die Gegebenheiten in der modernen Gesundheitsversorgung grosszügig aus: Der Bereich ist sehr vernetzt und interdisziplinär. Es sind nämlich längst nicht mehr nur diplomierte Pflegefachpersonen, die bei der Spitex, in der Rehabilitation, im akuten oder im ambulanten Bereich arbeiten. Die Pflegeleistungen werden heute von ganz unterschiedlichen Akteuren erbracht. Eine so einschränkende Definition würde dem Pflegewesen, aber auch den Patientinnen und Patienten (auf deren Bedürfnisse im Initiativtext übrigens nicht eingegangen wird) möglicherweise mehr schaden als nützen, weil das Angebot künstlich verknappt wird.

Die Initiative will zudem, dass Pflegefachpersonen künftig auf Kosten der Grundversicherung selbstständig Leistungen abrechnen können. Ihr unterstützungswürdiges Ziel – die Reduktion der Kosten – wird dadurch aber leider nicht erreicht. Vielmehr könnte die Initiative dazu führen, dass durch die zusätzlichen Leistungserbringer noch höhere Gesundheitskosten resultieren und die Prämien weiter ansteigen. Das ist nämlich meistens der Fall, wenn der Leistungskatalog erweitert wird.

#### Wer haftet?

Zudem ergeben sich durch die selbstständige Abrechnung heikle Haftungsfragen: Wenn Pflegefachpersonen für das Erbringen bestimmter Leistungen keine ärztliche Anordnung mehr benötigen, wer haftet am Schluss? Wegen der teilweisen Verschiebung der Verantwortlichkeit wäre das Einhalten der ärztlichen Sorgfaltspflichten erschwert, und für die Patienten entsteht Unsicherheit.

Diese Gegenargumente ändern jedoch nichts daran, dass grundsätzlicher Handlungsbedarf für den gesamten Pflegebereich besteht. Was auf Verfassungsstufe wenig sinnvoll ist, kann aber durchaus auf Gesetzesstufe sinngemäss umgesetzt werden. Der Bundesrat hat die Initiative zwar zur Ablehnung empfohlen, hat aber richtigerweise das EDI und die relevanten Akteure beauftragt, weitere Massnahmen im Rahmen der bestehenden Kompetenzen zu prüfen und auszuarbeiten. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden in den kommenden Monaten bekanntgegeben.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

# Finanzielle Stabilität für unseren Sozialstaat

Mehr Nachhaltigkeit zum Wohle aller

In der Präambel der Bundesverfassung steht, dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. Unser Sozialwesen ist deshalb eine wichtige Errungenschaft und trägt zur Stabilität unseres Landes bei. Daher ist es fundamental wichtig, dessen Finanzierung langfristig zu sichern.

Die Ausgaben für Sozialleistungen in der Schweiz sind 2016 um gut 5 Milliarden Franken angestiegen und haben mit 170 Milliarden (Ausgaben für u. a. Altersvorsorge, Krankenversicherung, IV, Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, EO) einen neuen Höchststand erreicht. Die Mehrzahl unserer Sozialversicherungen ist allerdings in den roten Zahlen. Allein die Ausgaben für Sozialhilfe stiegen 2016 um fast 4 Prozent – als Folge der steigenden Zahl unterstützter Personen als auch höherer Ausgaben pro Empfänger. Das Bevölkerungswachstum (0,5 Prozent im Jahr 2016) ist für den Anstieg der Ausgaben nur zu einem kleinen Teil verantwortlich.

## Wiedereingliederung hat Priorität

Wird die Kostenentwicklung in der Sozialhilfe nicht gestoppt, präsentiert sich deren finanzielle Lage bald ungemütlich. Prioritäres Ziel muss die Wiedereingliederung sein: Sozialhilfebezügler sol-

len wenn immer und so schnell wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt finden. Materielle Sozialhilfe sollte kein Dauerzustand sein, und sie darf nicht zu attraktiv sein. Wenn gewisse Sozialhilfebezügler bessergestellt sind als arbeitstätige Menschen, so entstehen gesellschaftlich problematische Fehlanreize. Die FDP setzt sich dafür ein, dass diese beseitigt werden – Arbeit muss sich lohnen.

## Schiefe Behauptungen der Linken

Die Erwerbsersatzordnung (EO) steht symbolisch für den Ausbau des Sozialstaats: Aktuell verlangen nicht weniger als vier hängige Geschäfte eine Erhöhung der entsprechenden Abgaben. Die Folge wären steigende Lohnnebenkosten, was einer zusätzlichen Verteuerung der Arbeit entspricht.

Auch die Debatte um die Ergänzungsleistungen (EL) wird als Beispiel für die immer gleiche – aber falsche! – Behauptung missbraucht, dass die «bür-

gerlichen Parteien erneut das Sozialwesen abbauen wollen». Die Realität sieht anders aus: Die Ausgaben für die EL betragen 2016 4,5 Milliarden Franken. Für 2030 prognostiziert der Bundesrat eine Steigerung auf 6,6 Milliarden Franken pro Jahr. Im



Beat Walti

Rahmen der Reform der EL setzt sich die FDP für eine Dämpfung dieser Kostensteigerung ein, indem Fehlanreize im System beseitigt werden. Knappe Mittel sollen bei den wirklich Bedürftigen ankommen: Mit einem «Sozialabbau» hat das aber nichts zu tun.

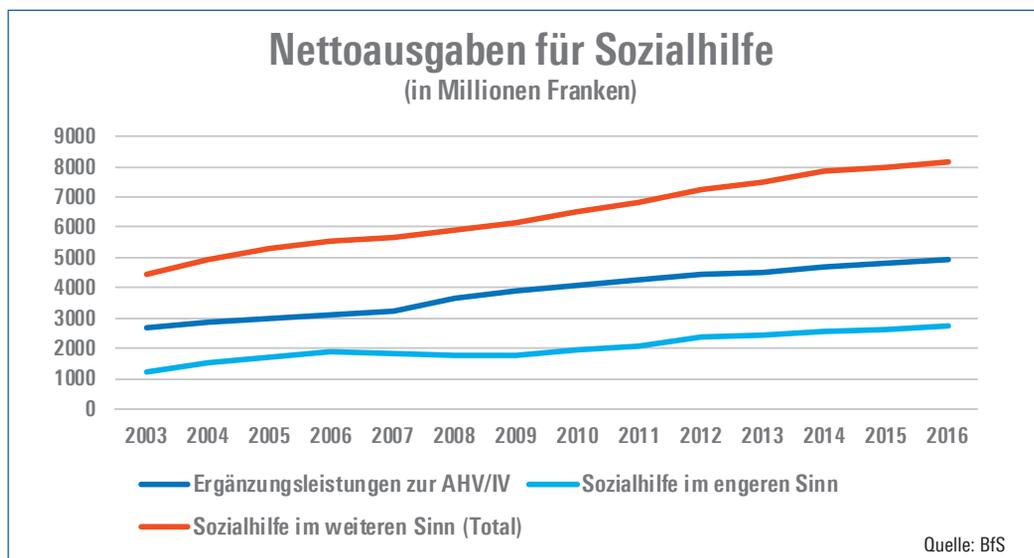
## Finanzielle Stabilität zum Wohle aller

In der Kommission für soziale Sicherheit wird zudem eine Revision der IV behandelt. Auch hier muss es primär darum gehen, Betroffene besser wieder eingliedern zu können – das ist im allseitigen Interesse und würde die Kosten dämpfen.

Ende 2017 ist die 2009 von Volk und Ständen bewilligte Zusatzfinanzierung ausgelaufen. Sie hat der IV durch die erhöhte Mehrwertsteuer von 0,4 Prozent jährlich rund 1,1 Milliarden Franken eingebracht. Mit dem Wegfall dieser Einnahmen resultiert 2019 nochmals ein leichtes Defizit. Dann aber soll das Umlageergebnis bis 2030 sukzessive auf 1,4 Milliarden Franken steigen. Diese Überschüsse sollen dazu verwendet werden, die Schulden beim AHV-Fonds bis 2031 abzubauen. Diese Prognosen des Bundesrates sind optimistisch. Sollten sie nicht eintreffen, wird die FDP rechtzeitig Sparmassnahmen auf den Tisch bringen müssen.

Es ist unsere Aufgabe, unsere Sozialversicherungen finanziell stabil zu halten. Nur so stellen wir sicher, dass jene Personen, die Unterstützung wirklich nötig haben, auch in Zukunft auf diese Hilfe zählen können.

Beat Walti, Nationalrat ZH



Die Ausgaben für wirtschaftliche Sozialhilfe betragen 2016 2,7 Mrd. Franken. Für Sozialhilfeleistungen gaben Bund, Kantone und Gemeinden 2016 total 8,2 Mrd. Franken aus. Das Bevölkerungswachstum hat damit nur wenig zu tun.

# Mehreinnahmen allein helfen nicht

## Reform der AHV

Die Bevölkerung wünscht eine generationengerechte Altersreform. Die «AHV 21»-Vorlage des Bundesrats ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt viel zu tun – und es braucht den Mut, das Richtige zu tun.

Die Altersvorsorge steht auf dem Schweizer Sorgenbarometer ganz oben. Das ist kein Wunder, denn die Finanzierung der ersten Säule ist nicht mehr gesichert: Alleine im letzten Jahr gab die AHV eine Milliarde Franken mehr aus, als sie eingenommen hat. Das Nein zur Altersreform 2020 im vergangenen September war für mich ein klares Zeichen, dass die Bevölkerung eine finanziell nachhaltige und generationengerechte Reform wünscht. Die Vorlage «AHV 21» des Bundesrats ist ein kleiner Schritt in diese Richtung – aber auch nicht mehr. Es gibt noch grossen Handlungsbedarf.

### Mehrwertsteuer-Erhöhung ist überrissen

Die Reformvorlage «AHV 21», die vom Bundesrat kürzlich in die Vernehmlassung geschickt wurde, ist nur ein kleiner Schritt auf dem weiten Weg zur Sanierung der AHV. Und dabei gibt es sogar an der Vorlage selbst noch Verbesserungsbedarf. Die

vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozent ist inakzeptabel, denn gerade die jüngeren Generationen werden davon überproportional getroffen. So müsste ein 20-jähriger Schweizer statistisch betrachtet über 60 Jahre lang diesen zusätzlichen Beitrag leisten, ein 65-jähriger Rentner dagegen nur rund 15 Jahre. Unter Generationengerechtigkeit verstehe ich etwas anderes. Die Mehrwertsteuererhöhung muss daher deutlich tiefer ausfallen.

### Mehreinnahmen allein reichen nicht

Erfreulich ist, dass einige der Forderungen der FDP in die bundesrätliche Vorlage integriert wurden. Ein flexibles Rentenalter zwischen 62 und 70 Jahren wird von unserer Partei schon seit langem gefordert. Parallel müssen aber finanzielle Anreize gesetzt werden, damit freiwilliges Arbeiten über das ordentliche Rentenalter hinaus attraktiver wird.

Auch die Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre für alle ist fair und sinnvoll. Für einen möglichst sozialverträglichen Übergang braucht es eine befristete Abfederung für tiefe Einkommen. Diese Kompensation muss aber im Verhältnis zu den erzielten Einsparungen vernünftig sein und darf nicht zu einem Leistungsausbau verkommen. Die Behauptung, dass die Frauen alleine die Reform tragen, ist schlicht falsch: Die bundesrätliche Vorlage



Bruno Pezzatti

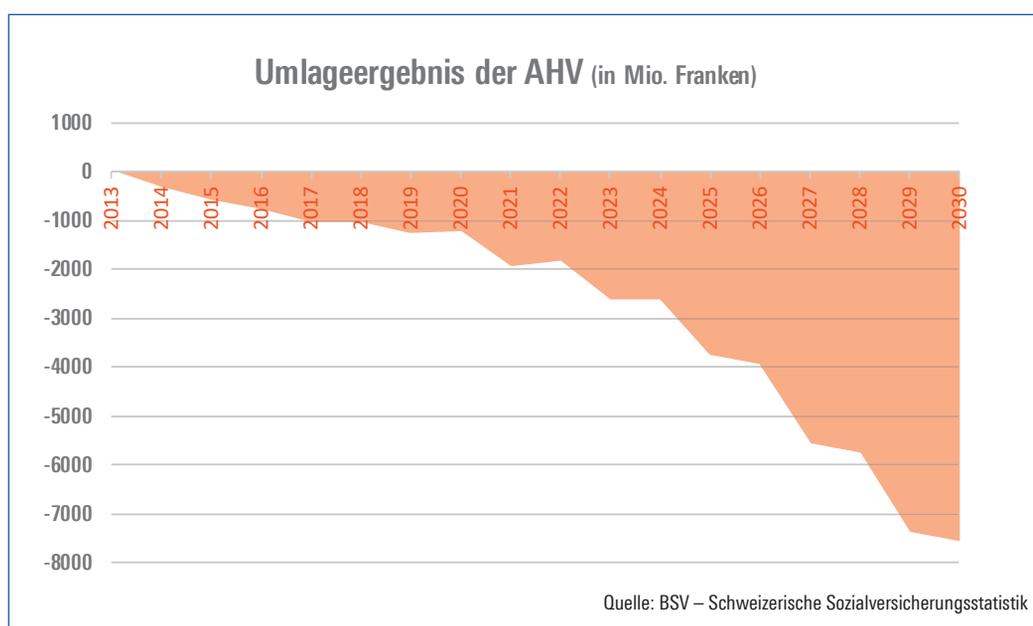
möchte die AHV mittelfristig grösstenteils über Mehreinnahmen sanieren. Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist die einzige relevante ausgabenseitige Massnahme, und ihre finanziellen Auswirkungen sind im Vergleich zu den Mehreinnahmen sehr bescheiden. Genau hier liegt das Problem.

### Strukturelle Reform ist nötig

Wir müssen endlich davon wegkommen, einfach immer mehr Geld in die AHV zu pumpen. Denn das packt die Probleme nicht bei der Wurzel. Wir kommen nicht daran vorbei, die strukturellen Probleme in der AHV anzupacken, um ihre Zukunft zu sichern. Alles andere ist weder nachhaltig noch generationengerecht. Wir wissen alle, dass die Zahl der Rentnerinnen und Rentner in den nächsten Jahren stark zunehmen wird.

Die Vorlage «AHV 21» soll die Altersvorsorge für die kommenden Jahre zumindest stabilisieren – eine langfristige Reform ist sie aber nicht. Auch eine Teilfinanzierung der AHV in der Steuervorlage 17 würde am Reformbedarf in der 1. Säule nichts ändern. Priorität hat die Flexibilisierung des starren Rentenalters und dass die Schweizerinnen und Schweizer dazu ermutigt werden, länger zu arbeiten, wenn sie das wollen. Die Augen zu verschliessen, bringt nichts. Das vorliegende «AHV 21»-Paket ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber nur ein kleiner.

Bruno Pezzatti, Nationalrat ZG



Der Handlungsbedarf bei der AHV ist gross. Bei der jetzigen Ordnung beträgt die Finanzierungslücke ohne Reform schon 2030 jährlich rund 7,5 Milliarden Franken.



# Es braucht rasches Handeln

## Berufliche Vorsorge

Die Reformvorlage AV2020 hätte unser gut ausgewogenes Rentensystem unnötigerweise ins Wanken gebracht. Es ist daher richtig, dass der Bundesrat der Forderung der FDP nachkommt und nun beide Säulen getrennt sanieren will. Die Gespräche mit den Sozialpartnern müssen jetzt aber vorankommen. Denn die Situation bei der 2. Säule erfordert ein rasches Handeln.

Die Reformvorlage AV2020 wurde unter anderem abgelehnt, weil sie die 1. und 2. Säule vermischte. Mitte-Links wollte zudem die berufliche Vorsorge zugunsten der AHV schwächen. Dies hätte unser gut ausgewogenes Rentensystem unnötigerweise ins Wanken gebracht. Aus diesem Grund ist es zu begrüssen, dass der Bundesrat nun beide Säulen getrennt sanieren will – wie die FDP dies gefordert hat. Richtig ist auch, dass er Arbeitgeber und -nehmer zu Gesprächen aufgerufen hat, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Gespräche müssen aber rasch vorankommen, damit die Situation in der 2. Säule schnell entschärft werden kann.

Letztes Jahr haben die Pensionskassen mit einem positiven Ergebnis von durchschnittlich 7 Prozent abgeschlossen. Dennoch ist die 2. Säule vieler Erwerbstätiger nur um rund 1 Prozent gewachsen, was dem gesetzlichen Mindestsatz entspricht. Was ist also passiert? Haben sich die «bösen» Versicherer auf dem Buckel der Versicherten bereichert – was gut in die Rhetorik der Linke passen würde?

### Massive Umverteilung

Die Wahrheit liegt natürlich anderswo. Schuld daran ist der zu hohe Umwandlungssatz von 6,8 Prozent. Dieser entspricht nicht mehr der demographischen Realität. Die Schweizerinnen und Schweizer leben heute länger als früher – sie gehen aber weiterhin mit 65 in die Pension.

Bei einem gleich hohen Umwandlungssatz sind also die bezahlten Renten der 2. Säule nicht mehr über das eigene Kapital gedeckt. Da die Versicherer gesetzlich verpflichtet sind, Renten einzuzahlen, die jährlich 6,8 Prozent des ersparten Kapitals entsprechen, müssen sie dieses Geld anderswo finden. Und hier kommt es zu Querfinanzierungen: Das Geld, das eigentlich in die 2. Säule der Erwerbstätigen fliessen sollte, dient in der Praxis dazu, die Renten der bereits Pensionierten zu zahlen. Kurzum: In der 2. Säule findet eine massive, generationenungerechte Umverteilung von Jung zu Alt statt, die schnellstmöglich gestoppt werden muss. Der Umwandlungssatz ist zwingend nach unten zu korrigieren.

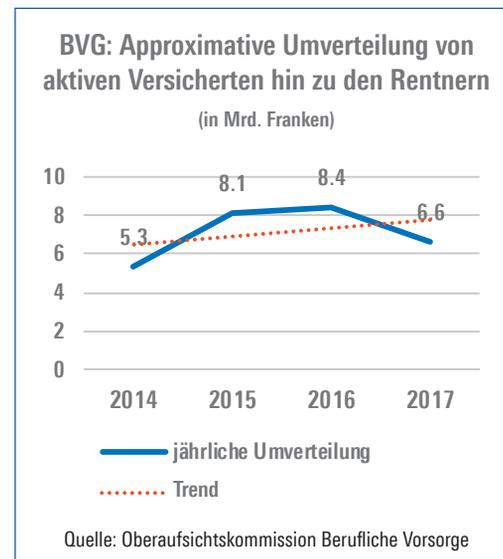
### Gleich hohe Renten

Gleichzeitig muss aber das Rentenniveau aufrecht erhalten werden, was mit zwei Massnahmen zu erreichen ist. Einerseits ist eine Erhöhung der Lohnbeiträge unabdingbar: Damit der Versicherte bei einem niedrigeren Umwandlungssatz weiterhin eine gleich hohe Rente erhält, muss er mehr Kapital auf der Seite haben. Dazu muss er während seiner Erwerbstätigkeit höhere Lohnbeiträge leisten. Andererseits braucht es auch gezielte Deregulierungen für die Pensionskassen. Die Rolle des Markts als wichtiger «Beitragszahler» muss gefördert werden. Dafür brauchen die Pensionskassen mehr Spielraum. Die heute zu starren Anlagevorschriften sollen zum Teil gelockert werden.

### 3. Säule muss wichtiger werden

Zudem soll die 3. Säule eine wichtigere Rolle spielen. Gemäss einer Studie von Comparis haben die Schweizerinnen und Schweizer lediglich 65 000 Franken in die 3. Säule eingezahlt, wenn sie das Pensionsalter erreichen. Die Bevölkerung, allen voran die Jungen, muss über die Wichtigkeit und die Vorteile der 3. Säule informiert werden. Je früher man mit den Einzahlungen beginnt, desto grösser wird das Kapital, dank des Zinseszins-effekts. Darüber hinaus müssen die Regeln der 3. Säule gelockert werden. Einerseits sollte es möglich sein, pro Jahr mehr als nur rund 6700 Franken auf diesem Weg zu sparen. Andererseits sollten die Schweizerinnen und Schweizer fehlende Zahlungen rückwirkend nachholen können, wie dies bereits in den 1. und 2. Säulen möglich ist: Heute sind Einzahlungen auf nur ein Kalenderjahr beschränkt. Diese konkreten Anpassungen wären leicht zu realisieren und sollten deshalb rasch vollzogen werden.

### Josef Dittli, Ständerat UR



Die Umverteilung von aktiven Versicherten zu Rentnern im BVG beträgt durchschnittlich 7,1 Mrd. Franken jährlich.



# Erfolgreiche Jubiläumsfeier

FDP Zug

Bei wunderbarem Wetter und toller Stimmung feierte die FDP Zug ihr Jubiläum «300 Jahre»: 120 Jahre FDP Stadt Zug, 120 Jahre FDP Kanton Zug und 60 Jahre FDP Frauen Zug.

Petrus meinte es gut mit der Zuger FDP an ihrem Jubiläumstag: Die Sonne strahlte mit den Teilnehmern auf dem Landsgemeindeplatz um die Wette. Die Mandatsträger sowie die Kandidaten standen hinter dem Grill und versorgten die hungrigen und durstigen Besucher. Für musikalische Unterhaltung sorgte die Band Gordon Blö, und die Kinder vergnügten sich in der Hüpfburg.

Am Abend feierten wir das Jubiläum FDP-intern mit Ehrengästen aus Politik und Wirtschaft bei einem Gala-Event im Theater Casino Zug. An diesem Event waren prominente Vertreter aus unserer Partei wie Petra Gössi, Karin Keller-Sutter, Josef Dittli und Damian Müller anwesend.

**Patrick Mollet, Vizepräsident FDP Kanton Zug**



Ein Teil des OKs (von links): Patrick Mollet, Steffen Schneider und Birgitt Siegrist.



Einstimmung auf den Gala-Event im Theater Casino.



Festansprache von Petra Gössi.



Die Kandidaten beim Sponsorenlauf.



Gute Stimmung auf dem Landsgemeindeplatz.



300 Kerzen zum 300-Jahr-Jubiläum.

# Personalpolitik als Herausforderung

## Gesamterneuerungswahlen 2018 im Kanton Zug

Mit dem Entscheid, alle gemeindlichen und kantonalen politischen Gremien an einem Tag zu wählen, wurde den Parteien im Kanton Zug eine herausfordernde Aufgabe erteilt. In der Personalpolitik bedarf es einiger Klimmzüge.

Im Oktober 2018 stehen in Zug die gemeindlichen und kantonalen Gesamterneuerungswahlen an. Dass alle Gremien an einem einzigen Tag gewählt werden, ist eine grosse Herausforderung für die Personalpolitik. Wenn beispielsweise eine Gemeinderätin Ambitionen auf das Amt einer Regierungsrätin hegt, so steht sie und mit ihr die Ortspartei (wie auch die Kantonalpartei) vor einer schwierigen Frage: Kandidiert sie für beide Ämter oder nicht? Seit 2014 werden in Zug zudem alle Exekutivämter

im Majorzverfahren gewählt, und das bedeutet, dass es ein Nachrutschen von einer Liste nicht gibt. Entscheidet sich also die Gemeinderätin dafür, für beide Ämter zu kandidieren, so wird es zwangsläufig eine Nachwahl geben. Kandidiert sie nur für das höhere Amt, so steht sie (und die Partei) unter Umständen am Schluss mit leeren Händen da. So heisst es abzuwägen, was die bessere Strategie ist.

Durch den Entscheid beider FDP-Regierungsräte, Baudirektor Urs Hürlimann und Volkswirt-

schaftsdirektor Matthias Michel, nicht mehr für eine weitere Amtsperiode anzutreten, steht die FDP Zug vor der grossen Herausforderung, gleich beide Sitze mit neuen Personen verteidigen zu müssen. Die beiden von der Nominationsversammlung bestimmten Kandidaten Florian Weber und Andreas Hostettler sind noch keine Exekutivpolitiker, und so ist zumindest die oben genannte Problematik obsolet. Beide Kandidaten sind Kantonsräte und können sowohl auf der Liste für den Kantonsrat als



Birgitt Siegrist

auch für den Regierungsrat kandidieren. Im Falle der Wahl in den Regierungsrat kann der Nächstplatzierte nachrutschen. Allerdings nicht bei Florian Weber, der in einer Gemeinde kandidiert, die nur zwei Kantonsräte stellt. Da die aussichtsreichsten Kandidaten auf der Liste kumuliert werden, ist er der einzige Kandidat. Also wird es auch durch diesen Umstand eventuell – und hoffentlich – eine Nachwahl geben, sollte Florian Weber in den Regierungsrat gewählt werden.

Alles ziemlich kompliziert, und bei solchen Fragen sieht man ganz deutlich, was im Vorfeld von Wahlen schon alleine bei der Zusammenstellung der Kandidatinnen und Kandidaten beachtet werden muss – neben der persönlichen Eignung notabene. Diese haben unsere beiden Regierungsratskandidaten zweifellos, und so gehen wir mit grosser Zuversicht in die Wahlen. Wir möchten weiterhin mit zwei Vertretern liberale Politik für den erfolgreichen Wirtschaftsstandort Zug machen.

**Birgitt Siegrist**  
Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Zug

**FDP**  
Die Liberalen  
**ZUG**  
IM FOKUS

Für einen starken und fortschrittlichen Kanton Zug.  
Für einen attraktiven Arbeits- und Lebensraum.



**Florian Weber**  
in den Regierungsrat



**Andreas Hostettler**  
in den Regierungsrat

Die beiden Regierungsratskandidaten Florian Weber, Kantonsrat und Fraktionschef, und Andreas Hostettler, Kantonsrat und Parteipräsident.

# Vorausschauende Verkehrspolitik

Ja zum Bundesbeschluss Velo

FDP. Die Liberalen setzt sich für eine vorausschauende Verkehrspolitik und für ein Miteinander aller Verkehrsträger ein. Weitsichtige Planung und globales Denken sind wichtig, um Konflikte zwischen den verschiedenen Transportmitteln zu vermeiden. Dabei dürfen wir aber auch den Föderalismus nicht vergessen und müssen den regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Darum unterstützt die FDP den Bundesbeschluss Velo.

Für die FDP ist es wichtig, alle Verkehrsmittel in einem globalen System zu sehen, dieses System parallel zu entwickeln und an die Nachfrage und die Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmer anzupassen. Nicht umgekehrt. Mit dem Bundesbeschluss Velo wird der Drahtesel integraler Bestandteil dieses Systems und soll das bestehende Angebot sinnvoll

ergänzen, ohne den Verkehr der übrigen Transportmittel zu behindern. Dazu wird der bisherige Artikel 88 der Bundesverfassung über Fuss- und Wanderwege durch den Veloverkehr ergänzt – ein besseres Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsmittel wird ermöglicht. Dadurch soll der Bund Kantone und Gemeinden unterstützen können,

ohne die föderale Zuständigkeit anzutasten. Die Hoheit der Kantone wird dabei nicht verletzt; eine Pflicht zur Förderung der Velowege oder die Kompetenz zum Eingriff in die kantonalen Hoheiten



Rocco Cattaneo

besteht nicht. Auch Mehrkosten werden keine verursacht. Die Finanzierung dieser Infrastrukturen ist bereits im Rahmen der Agglomerationsprogramme geregelt, über die der Bund finanzielle Beiträge an den Langsamverkehr leistet. Für die Jahre 2019 bis 2022 sind es etwas mehr als 300 Millionen Franken, die vor allem für den Veloverkehr bestimmt sind. Eine zusätzliche Finanzierung durch den Bund ist daher weder vorgesehen noch erforderlich.

Rocco Cattaneo, Nationalrat TI

## Weniger Auswahl, steigende Preise!

- 👉 teurer, kaum umsetzbarer Kontrollapparat
- 👉 zusätzliche Umweltvorschriften, neue Steuern
- 👉 verletzt Handelsrecht und schafft Exportrisiken
- 👉 mehr Bevormundung für KonsumentInnen
- 👉 steigende Lebensmittelpreise
- 👉 weniger Auswahl

agrariniciativen-nein.ch



23. September 2018

# 2x NEIN

Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität



# Gemeinsam weiterkommen

Erfolgreicher Start ins Wahljahr

Rund 300 freisinnige Wanderfreunde von Alt bis Jung starteten am 18. August von unterschiedlichen Ausgangspunkten, um sich schliesslich auf der Schatzalp ob Davos zu treffen. Hier wurde bei strahlender Sonne das 150-Jahr-Jubiläum der FDP Graubünden gefeiert – und zugleich schwor Petra Gössi die liberale Familie auf den Wahlkampf 2019 ein.



Die FDP Graubünden ist bereits seit 150 Jahren erfolgreich. Gerade dieses Jahr konnten die Bündner im kantonalen Parlament noch zulegen. So darf es getrost weitergehen. Wer aber schon so lange so viel Einsatz zeigt, dürfe zwischendurch auch kurz ausruhen und neue Kräfte sammeln, so Petra Gössi. Dazu überreichte sie im Namen der FDP Schweiz ein Holzbänkli, das in Davos künftig an den Wandertag erinnern und den Bündner Freisinn

in hektischen Zeiten zur Verschnaufpause einladen wird.

Tatsächlich stehen hektische Zeiten kurz bevor: Die Wahlen 2019 stehen vor der Tür. Damit wir die SP überholen können, brauche es nochmals einen zusätzlichen Sondereinsatz von allen, mahnte die Präsidentin.

Der nationale Wandertag diente auch dazu, den Freisinn auf die Wahlen einzuschwören: Die Teilnehmer – mit dem Bike, dem Oldtimer oder zu Fuss – starteten an unterschiedlichen Ausgangspunkten. Unterschiedlich waren die Mittel und unterschiedlich die Routen, aber alle Gruppen hatten immer ein gemeinsames Ziel vor Augen: die Schatzalp, hoch über Davos. Nach kurzen Ansprachen liess man bei strahlendem Sonnenschein, Musik und Essen den Gemeinsinn hochleben.

Der Freisinn ist fit, der Zusammenhalt ist stark, die Stimmung bestens. Die FDP ist bereit für die Wahlen – gemeinsam kommen wir weiter!

«Das kommende Wahljahr wird sehr intensiv, ich schaue ihm aber mit Zuversicht entgegen. Denn die heutige Wanderung hat mir gezeigt: Die Freisinnigen, die sind fit!» **Petra Gössi**





# Klares Verhältnis von Landes- und Völkerrecht

Dank stärkerem Staatsvertragsreferendum

Im Gegensatz zur Selbstbestimmungsinitiative, die dem Völkerrecht mit einem unberechenbaren Holzhammer zu Leibe rücken will, fordert die FDP eine stärkere demokratische Legitimation von Staatsverträgen. Auch die Kündigung von Staatsverträgen wird auf unseren freisinnigen Input hin klarer geregelt.

In Umsetzung einer freisinnigen Motion hat der Bundesrat am 16. August 2018 die Vernehmlassung für die Vorlage «Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter» eröffnet. Damit gibt er ein klares Signal ab, dass er das Verhältnis zwischen Landes- und Völkerrecht verbessern will, wie es die FDP schon seit 2013 in einem Positionspapier fordert.

Völkerrecht und direkte Demokratie können gleichzeitig gestärkt werden, wenn das Vorgehen bei der Unterzeichnung und Ratifizierung von internationalen Verträgen verbessert wird. Völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter sollen daher zwingend vor Volk und Stände – genauso wie entsprechende Normen im Landes-

recht ja auch («Parallelismus»). Beide Parlamentskammern haben meine Motion ohne Gegenstimme gutgeheissen und an den Bundesrat überwiesen.

Neben dieser Erweiterung des obligatorischen Referendums drängen sich aus Sicht der FDP weitere Prinzipien bei der Ratifizierung von internationalen Abkommen auf: Neue Verträge sollten in erster Linie dann unterzeichnet werden, wenn diese der Schweiz klare Vorteile bringen oder Schweizer

Werte auf internationaler Ebene stärken. Zudem soll die Kündigung von Verträgen klarer geregelt werden, wie das auf freisinnigen Input im Parlament nun geschieht.

### Staatsverträge noch stärker legitimieren

Die Schweiz profitiert grundsätzlich von einem funktionierenden Völkerrecht. Als Kleinstaat kann die Schweiz ihre Interessen nur mit den Mitteln des Rechts, nicht aber mit den Mitteln der Machtpolitik, international durchsetzen. Völkerrechtliche Verträge sind die Grundlage für gute internationale Beziehungen, welche die Schweiz stark machen und für Rechtsicherheit sorgen.

In der Schweiz wird eine internationale Verpflichtung im Moment der Ratifikation Teil der Schweizer Rechtsordnung. Dieses Prinzip hat sich bisher zwar gut bewährt, aber es verlangt auch nach einer starken Legitimation von Völkerrecht im Sinne der FDP-Position. Auch eine Klärung der heutigen Praxis, wonach Parlament und Souverän ausnahmsweise durch klaren Entscheid in einer bestimmten Konstellation vom Völkerrecht hätten abweichen können («Schubert-Praxis»), wäre aus freisinniger Warte eine Option gewesen.

### Rechtssicherheit schaffen, statt sie zu untergraben

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative) hingegen greift das Völkerrecht auf breiter Front an und zudem auf eine äusserst diffuse Art und Weise. Die Initiative nimmt für sich in Anspruch, der Verfassung gegenüber dem «bösen» Völkerrecht zum Durchbruch zu verhelfen – doch kann sie aufgrund ihrer Unklarheiten und Widersprüche nicht einmal ihr eigenes Versprechen einlösen. Stattdessen schafft sie maximale Rechtsunsicherheit nicht nur im Inland, sondern auch gegenüber unseren ausländischen Vertragspartnern. So explosiv wie diffus ist insbesondere der Auftrag, alle widersprechenden Verträge «nötigenfalls» zu kündigen. Niemand weiss, was das heisst, aber für die SVP ist es die ideale Vorlage, um dann «Verrat» zu rufen, wenn ein Vertrag nicht gekündigt wird.

Diese Initiative ist klar abzulehnen, und das Verhältnis von Landesrecht und Völkerrecht ist mit der FDP-Forderung nach einem obligatorischen Referendum für verfassungsartige Staatsverträge und klare Kündigungsregeln zu stärken. Das schafft Rechtssicherheit, statt sie zu untergraben.

**Andrea Caroni, Ständerat AR**

«Die Selbstbestimmungsinitiative greift das Völkerrecht mit dem unberechenbaren Holzhammer an.»

# Nein zum staatlichen Ess-Diktat

Interview mit Hansjörg Brunner

Am 23. September stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die zwei linksrünen Initiativen «Fair Food» und «Für Ernährungssouveränität» ab. FDP-Nationalrat Hansjörg Brunner erklärt uns im Interview, warum die beiden Volksinitiativen staatliche Eingriffe in unsere Freiheit mit sich bringen und deshalb abgelehnt werden sollten.

**Hansjörg Brunner, die Gegner der Agrar-Initiativen sprechen von staatlichen Eingriffen in unsere Freiheit. Wie ist das zu verstehen?** Die Initiativen verlangen, dass der Staat Import- oder Verkaufsverbote auf alle Produkte verhängt, die nicht zu 100 Prozent nach dem Gusto der Grünen produziert wurden. Dadurch kommt nur noch auf unseren Teller, was der Staat gutheisst. Viele Schweizerinnen und Schweizer können es sich nicht leisten, tagein, tagaus Bioprodukte zu kaufen. Die heutige Angebotsvielfalt lässt uns die Wahlfreiheit: Wer will, kann seine Eier entweder beim Biohof um die

Ecke oder beim Discounter kaufen – je nach Budget und Vorlieben können wir entscheiden, wo und was wir einkaufen. Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten sind mündig und entscheiden nach eigenem Gusto. Eine Freiheit, welche die Grünen mit diesen Agrar-Initiativen zerstören wollen.

**Wer garantiert mir denn heute, dass mein Gemüse unter fairen und ökologischen Bedingungen angebaut wurde?** In der Schweiz herrscht in der Lebensmittelindustrie eine Deklarierungspflicht. Das

heisst, auf jedem Produkt muss gekennzeichnet sein, aus welchem Land es stammt. Diverse Produktlabels schaffen dazu Orientierung und informieren die Konsumentinnen und Konsumenten über Inhaltsstoffe und Produktionsverfahren.



Hansjörg Brunner, Nationalrat TG

**Können Sie ein genaues Beispiel geben, was eine Annahme der Initiativen bedeuten würde?** Wenn Sie beim Grossverteiler Teigwaren kaufen möchten, haben Sie in der Regel ein riesiges Regal mit diversen Teigwaren, von welchem Sie Ihre bevorzugte Packung auswählen können – von den Budget-Spaghetti bis zu den Premium-Spaghetti finden Sie alles. Die Agrar-Initiativen führen zu einem staatlichen Ess-Diktat, da nicht mehr alle Produkte importiert werden dürften. Die Angebotsvielfalt würde massiv reduziert, und der Staat würde letzten Endes entscheiden, welche Spaghetti auf Ihrem Teller landen.

**Das heisst, die Initiativen müssen abgelehnt werden?** Unbedingt, denn die Folgen wären wirklich gravierend. Auch der Einkaufstourismus und der Onlinehandel würden massiv zunehmen, was besonders die Grenzregionen zu spüren bekämen.



Damit wir die Agrar-Initiativen erfolgreich bekämpfen können, sind wir auf jede Hilfe angewiesen. Scannen Sie den QR-Code, und Sie gelangen zur Kampagnen-Webseite, wo Sie Leserbriefe, Flyer oder Plakate bestellen können.



# Zurück in die Zukunft

FDP als Bewegung

USA, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Deutschland – politische Bewegungen feiern ein Comeback, und was für eins. Gleich mehrere grosse Staaten haben ihre Kraft zu spüren bekommen. Politische Bewegungen sind aber nichts Neues, schon gar nicht für unsere aus der liberalen Bewegung heraus entstandene FDP. Für die Wahlen 2019 geht unsere Partei also mit der Zeit – und kehrt dabei gleichzeitig zu ihren Wurzeln zurück.

Was haben Influencer, Fake News und politische Bewegungen gemeinsam? Sie alle gab es schon immer, erhalten aber dank dem Aufstieg Sozialer Medien eine Neubelebung und eine neue Plattform. Sie wirbeln ganze Branchen, die Medien und die Politik durcheinander. Während Phänomene wie «Fake News» ohne Frage problematisch sind, eröffnen andere Aspekte im Zusammenhang mit Sozialen Medien neue Perspektiven. Gefährlich wäre einzig, sich den Veränderungen zu verschliessen und so die Chance zu verpassen, die jungen Generationen mit ins Boot zu holen. Bewegungen sind

selbstbewusst, zielorientiert, locker und haben etwas «hippes» an sich, was sie wiederum «in» macht.

### Zurück zum Ursprung des Erfolgs

Für unsere Partei ist es nichts Neues, eine Bewegung für alle Menschen in der Schweiz zu sein. Es wäre ein «Back to the Roots». Die FDP wurde 1894 aus verschiedenen Bewegungen heraus gegründet; dem Nationalverein, dem Volksverein und der parlamentarischen Fraktion. Die Liberale Partei Schweiz entstand 1913 aus dem Eidgenössischen

Verein. Weil die FDP seit Mitte des 19. Jahrhunderts den Bundesstaat sowie die kantonalen und kommunalen Behörden stark mitbestimmt, auch weil unsere Partei seit 1848 ohne Unterbruch in der Regierung vertreten ist, findet die FDP – und damit auch das Erfolgsmodell Schweiz – ihre Wurzeln in früheren politischen Bewegungen.

### Bewegung als Fortschritt

Als fortschrittliche und offene Partei, die globale Wertvorstellungen vertritt und sich nicht in eine starre Schublade stecken lässt, sollte es unser Ziel sein, weiterhin eine freisinnige und traditionelle Familie zu bleiben und unsere Strukturen dennoch dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen. Die heutigen Generationen bevorzugen smarte Teilnahmemöglichkeiten, agile Organisationen und entkrampfte Events. Diesen Bedürfnissen müssen wir in der Gestaltung unserer Organisation unbedingt Rechnung tragen. Ein Wandel von der Partei im herkömmlichen Sinn hin zur Partei als Bewegung mit anpassungsfähigen Strukturen, einem klaren Profil und verschiedensten Teilnahmemöglichkeiten, in der auch lose Mitgliedschaften bzw. reine Sympathisanten Platz haben – ein solcher Wandel hat das Potenzial, die Antwort zu sein auf den Trend, parteilos zu politisieren.

### Mit Herzblut, Begeisterung und Freude zum Ziel

Eine Bewegung sein zu wollen, heisst aber nicht, dass man bei der nächsten politischen Debatte auch automatisch eine ist. Eine Bewegung lebt von den vielen Anhängern, von klaren Zielen und einer authentischen Ausstrahlung. Weil Bewegungen normalerweise von unten nach oben entstehen und organisch wachsen, braucht es im Fall der «FDP als Bewegung» jede kleinste Ortspartei, jedes Mitglied und jeden Mandatsträger, der die Überzeugung für eine Sache mit Begeisterung, Freude und der nötigen Lockerheit nach aussen trägt. Erzählen wir also am Stammtisch, im Pausenraum und beim Feierabendbier über unseren Einsatz, unsere Errungenschaften und unsere nächsten Ziele. Motivieren wir andere zum Mitmachen, ohne sich gleich an die Partei binden zu müssen. Was nicht ist, kann ja schliesslich noch werden.

### Gabriel Macedo

Gabriel Macedo ist Stadtschreiber von Rheineck und kandidiert aktuell als Stadtpräsident der Stadt Amriswil (Wahl 25. 11. 2018). Er ist Regionalpräsident der FDP.Die Liberalen Rheintal und Ortsparteipräsident der FDP.Die Liberalen Rheineck.

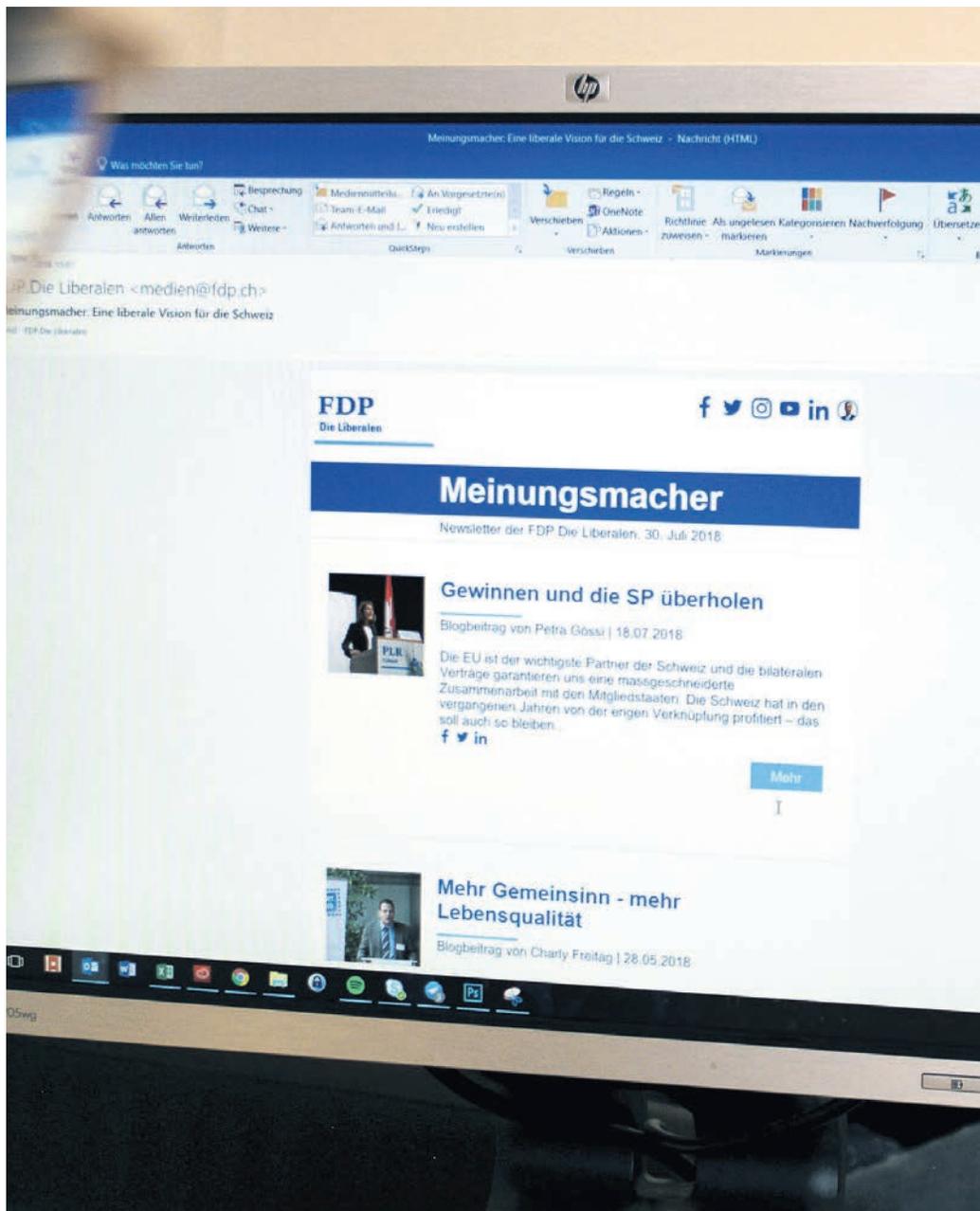
# Meinungsmacher

Neuer FDP-Newsletter



Seit Mai 2018 liefert Ihnen ein neugestalteter Newsletter der FDP die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und die News aus Presse und Social Media. Bleiben Sie auf dem Laufenden und abonnieren Sie unseren «Meinungsmacher».

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>



Der «Meinungsmacher» erscheint monatlich und liefert in Kürze alle News zur FDP.

# AGENDA

**10. bis 28. September**

Herbstsession

**23. September**

Eidgenössische Volksabstimmung

**29. September**

Delegiertenversammlung in Baselland

**7. Oktober**

Gesamterneuerungswahlen in Zug

**5. November**

Fraktionssessen

**8. bis 10. November**

ALDE-Kongress Madrid

**25. November**

Eidgenössische Volksabstimmung

**26. November bis 14. Dezember**

Wintersession

**Herausgeberin / Redaktion / Inserate:**

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) | [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

**Layout:**

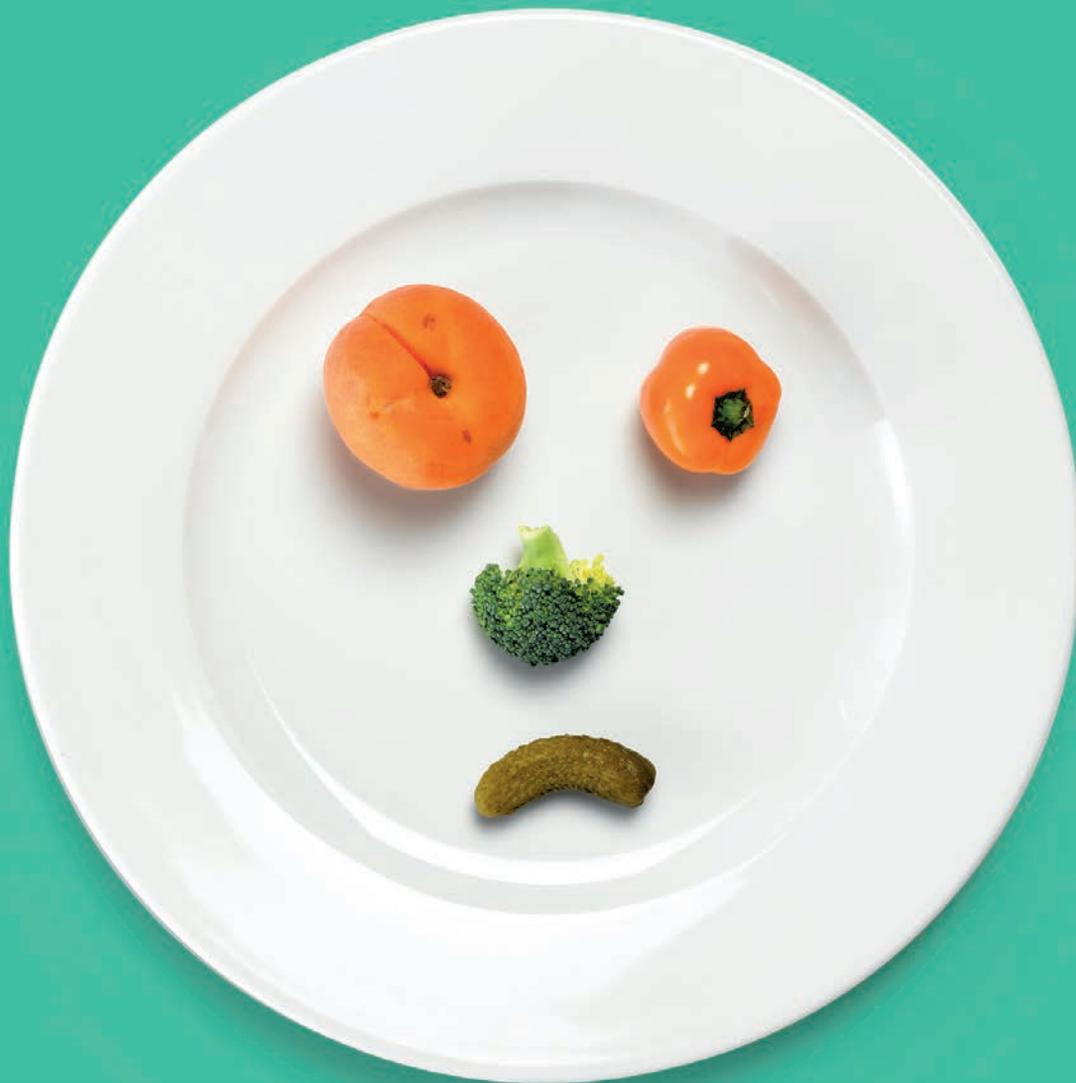
LZ Print | E: [kontakt@lzprint.ch](mailto:kontakt@lzprint.ch)

**Druck:**

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)

# Weniger Auswahl, steigende Preise!



23. September 2018

# 2x NEIN

Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität

[agrarnitiativen-nein.ch](http://agrarnitiativen-nein.ch)